

Wöchentlich 76 Blätter, monatlich 2,- Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifenband im In- und Ausland 2,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Arbeiterfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Nacht in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
8. November 1927
10 Pfennig

Die einpennige Kompensationsbeilage 8 Pfennig. Reklameseite 5 - Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das feingedruckte Wort 25 Pfennig (zu 1000 bis 10000 Wörter) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengedichte das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigenmarkt 40 Pfennig. Familienanzeigen für 100 Wörter 10 Pfennig. Anzeigenmarkt im Hauptstadt-Annenstraße 8 wöchentlich von 8 bis 17 Uhr

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Drucker: Döhring 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37 586. — Bankkonto: Post der Arbeiter, Angestellten und Beamten Bank 65. Diskonto-Gesellschaft, Postfach 110, Lindenstr. 8

Angst vor der Werbewoche. Deutschnationale Bestimmungen.

Die Werbewoche ist im Gange, und die Deutschnationalen werden nervös. Sie wissen: diese Werbewoche ist die Vorbereitung der Niederlage des Bürgerblocks bei den kommenden Wahlen.

Der Deutschnationale Pressebetrieb unternimmt den vergeblichen Versuch, die sozialdemokratischen Anklagen gegen den Bürgerblock zu entkräften:

„Wozu fabelt der „Vorwärts“? Von Schweinefleisch und Kartoffelzoll, von Rot, Teuerung und Unterdrückung der Arbeiterschaft. Was ist daran Wahres? Nichts!“

Es ist also nicht wahr, daß die Lebensmittelpreise durch die Zollpolitik der Deutschnationalen gestiegen sind? Es ist nicht wahr, daß sich die Brotpreise auf Kosten des Volkes bereichern? Es ist nicht wahr, daß die Arbeiterschaft Rot leidet?

Die Deutschnationalen Herrschaften haben völlig vergessen, daß eben erst der mitteldeutsche Braunkohlenstreik gezeigt hat, wie unwürdig niedrig die Braunkohlenarbeiter bezahlt werden. Was wissen sie von Teuerung und Rot der Arbeiterschaft! So wenig, daß sie der Anklage gegen den Zollwucher des Bürgerblocks folgende Notiz eines kleinen Sensationsblattes entgegenstellen:

„Nach den amtlichen Zahlen sind in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres vom Ausland für rund 54 Millionen Mark Weine eingeführt worden, während Deutschland nur für rund 7 Millionen Mark Weine ausgeführt hat. Da die Einfuhr französischer Weine durch das laufende Handelsprotokoll nicht zu umgehen ist, so ist vom Großhandel zu verlangen, daß wenigstens die spanischen und italienischen Weine nicht so stark wie bisher eingeführt werden und daß im Einzelhandel mehr deutsche Weine geführt werden.“

Zur Verteidigung des Buchers mit Schweinefleischzoll und Kartoffelzoll vertriehen sich die Deutschnationalen hinter französische, italienische und spanische Weine und hinter die Weinpreise! Das sind ihre Sorgen und ihre Argumente! Der deutsche Arbeiter soll seine Lebenshaltung einschränken, soll höhere Lebensmittelpreise zahlen — weil sonst französische, italienische und spanische Weine eingeführt werden.

Katastrophale Verständnislosigkeit für die Not der Arbeiterdaseins? Nein, in dieser „Verteidigung“ tritt die arrogante Leichtfertigkeit der Deutschnationalen zutage, mit der sie über das Schicksal der Arbeiter hinweggehen.

Die Folgen dieser Haltung aber fürchten die Deutschnationalen. Sie fürchten die Abrechnung, sie leben mit Besorgnis auf unsere Werbewoche. Deshalb erst recht:

Wer ist für die Sozialdemokratie!

Gemeindewahlen in Mecklenburg. Auch hier Vormarsch der Sozialdemokraten.

Rostock, 8. November. (Eigenbericht.)

Am Sonntag haben, wie schon kurz erwähnt, in Mecklenburg Schwerin und Stralsund die diesjährigen Wahlen zur Neubildung der Stadtparlamente begonnen. Gewählt wurde zunächst unter anderem in Waren, Crivitz, Neubrandenburg und Friedland. Auch hier zeigen die Ergebnisse, mit Ausnahme von Crivitz, überall eine Steigerung der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Neubrandenburg haben die Sozialdemokraten 2006 Stimmen erhalten (1430), SPD. 401 (530), Bürgerliche zusammen 599 (422).

Friedland: Sozialdemokratie 1427 (1814), SPD. 302 (401), Hausbesitzer 214, Kaufleute und Ackerbürger 577, Beamten usw. 355. Es erhielten Siege: Sozialdemokraten 8 (6), SPD. 1 (2), Kaufleute, Handwerker, Landwirte 7 (6), Rentner, Kriegsbeschädigte 2 (3), Hausbesitzer 1 (1).

Waren: Sozialdemokraten 844 (600), SPD. 522 (18), Unpolitische Liste 196 (287), Mieterliste 448 (—), Beamte 356 (340), Wirtschaftliche 1338 (953).

Gebührenfreiheit bei Feuerbestattung. Beschluss des Rechtsausschusses des Landtags.

Der Rechtsausschuss des Landtags beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit der Verwaltungsgebührenordnung. Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion benutzten die Gelegenheit, um eine Ungerechtheit der Feuerbestattung gegenüber zu befechtigen. Sie stellten den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, die jetzt regelmäßig zu zahlenden staatlichen Gebühren für Feuerbestattung aufzuheben. Der Ausschuss folgte der eingehenden Begründung des Antrags durch die Genossen Bräuner und Gehrmann-Harburg und nahm ihn mit großer Mehrheit an. Auffallend war es, daß die Vertreter der SPD sich an der Debatte, wie so oft, auch hier nicht beteiligten.

Amerika empfiehlt Sparsamkeit.

Der Finanzminister in Washington gegen kommunale Auslandsanleihen.

Washington, 8. November.

Schatzsekretär Mellon erklärt der Presse über das Memorandum des Reparationsagenten: Das Memorandum spricht für sich selbst. Die Kritik Parkers Gilberts ist in erster Linie gegen staatliche und kommunale Anleihen zu unproduktiven Zwecken gerichtet. Es liegt in Deutschlands eigenem Interesse, so sparsam wie möglich zu wirtschaften, damit es sich gegen den Vorwärtsschlag kann, nicht alle erforderlichen und möglichen Anstrengungen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gemacht zu haben.

Umfangreiche und sachliche Presseerörterungen.

Washington, 8. November.

Das Memorandum Gilberts und die Antwort der deutschen Regierung beschäftigen die Presse in ausgedehntem Maße. Sämtliche Äußerungen billigen den Schritt Gilberts und erklären seine Warnung an Deutschland für berechtigt und zeitgemäß.

Das „Journal of Commerce“ führt aus: In hiesigen Finanzkreisen erblicke man in der ständigen Erörterung der deutschen Schwierigkeiten die Gefahr einer Krise, die entweder zur Wiederaufrichtung des Dawesplanes oder zur Unterbindung weiterer deutscher Anleihen in Amerika führen könne. Gilbert beweise, daß er auf der Einhaltung des gegenwärtigen Dawesplanes bestehe; dadurch sei die Hoffnung mancher fremden Länder auf eine Revision ihrer amerikanischen Schulden im Zusammenhang mit einer Dawes-Revision enttäuscht.

„New York Times“ stellt fest, daß Deutschland Reparationen zahlen müsse, weil es den Krieg verloren habe, und daß es diese

Verpflichtung auch durchaus anerkenne, wie das sachliche Eingehen der deutschen Antwort auf Gilberts Ermahnungen zeige. Es sei erfreulich, daß die deutsche Regierung Gilberts Hinweis nicht schroff oder empört zurückweise, sondern ihre Bereitwilligkeit zur Ermöglichung des Transfers erneut betont. Dies sei ein Erfolg, mit dem alle zufrieden sein könnten.

Röhler und Parker Gilbert.

Das Reichsfinanzministerium erklärt, daß ihm noch nichts von der Unzufriedenheit Parker Gilberts über die Antwort Röhlers bekannt geworden sei. Im übrigen sei längst betont worden, daß der Schriftwechsel als Unterlage für die Fortführung weiterer Verhandlungen zwischen dem Reparationsagenten und dem Reichsfinanzminister dienen soll. Darum sei auch die Ankündigung, daß der Reparationsagent seine Gegenmeinung dem Reichsfinanzminister mündlich zur Kenntnis bringen wolle, weder neu noch überraschend.

Das Reichsfinanzministerium scheint zu meinen, daß der Reparationsagent deshalb mit dem Memorandum schon zufrieden sein müsse, weil ihm die Meinung Parker Gilberts noch nicht mitgeteilt worden ist. Aber man kann die offizielle Antwort des Agenten ja wirklich abwarten.

Die Börse wieder ruhiger.

Den gestrigen starken Kursrückgängen ist eine Erholung gefolgt. Aus der Provinz wird gekauft. Die Banken haben deshalb keine Intervention beschlossen. Auch der Börsenvorstand hält keine besonderen Maßnahmen für erforderlich.

Der Kampf um die Handelsverbote.

Der Vertrag gegen die Ein- und Ausfuhrverbote von 15 Staaten unterzeichnet. Eine große Zahl von Vorbehalten.

Genf, 8. November. (Eigenbericht.)

Die Staatenkonferenz für die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen nahm gestern die dritte Lesung ihres Werkes vor. Sie nahm an der Konvention und dem Schlussprotokoll nur kleinere redaktionelle Änderungen vor.

Zu einer längeren Debatte führten zwei amerikanische Streichungsanträge, die sich richteten gegen die Empfehlung, an den Bältebündler, die Aufstellung von Richtlinien für gesundheitspolizeiliche Einfuhrverbote für Tiere und Pflanzen prüfen zu lassen, und gegen die Schlussbestimmung, daß die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen keine übertriebenen Zölle zur Folge haben dürfe. In der Abstimmung wurden beide Anträge mit 12 und 11 gegen je 2 Stimmen bei 13 und 14 Enthaltungen abgelehnt. Neben England und Japan hat sich beide Male auch Deutschland enthalten.

Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Staaten zur sofortigen Unterzeichnung der Konvention bereit seien, antworteten 15 Delegationen mit Ja: Ägypten, Deutschland, Desterreich, Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien (für sich und Nordirland), Italien, Luxemburg, Siam, die Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Noch im Laufe des heutigen Tages hoffen die Nachzügler zur Unterzeichnung der Konvention zu erhalten: Südslawien, Rumänien und Japan. Von einigen anderen Staaten steht eine baldige Unterzeichnung in sicherer Aussicht, so von Holland und Schweden. Einige Delegationen, darunter die polnische, erklärten, die weitere Aufrechterhaltung der deutschen Kohlen- und Einfuhrverbote machten ihnen die sofortige Unterzeichnung der Konvention, wie es

zu Beginn der Konferenz ihre Absicht gewesen wäre, unmöglich. Die Schlussung der Konferenz findet heute nachmittag statt.

Vorbehalte haben angemeldet für vorübergehende Verbote: Deutschland Kohleneinfuhr und Schrottausfuhr; Tschechoslowakei Kohleneinfuhr und Schrottausfuhr; Desterreich, Rumänien, Belgien, Frankreich, Ungarn, Italien und Luxemburg Schrottausfuhr; England und Japan Farbereinfuhr; Rumänien gebrauchte Maschinen.

Unbegrenzte, aber für die anderen Staaten angeblich unbedeutende Vorbehalte melden an: Italien Eisenerz und Getreide; Rumänien Eisenerz, Kupfererz, Mangan und rohes Petroleum; Amerika Hellumgas; Ägypten Dünger, Eier und Vieh. Frankreich benützte die Gelegenheit, um auf das Kohleneinfuhrverbot zu verzichten.

Die Widerstände der Provinz.

Wie schwer Theorie und Praxis im Leben der Völker miteinander zu vereinigen sind, hat wieder einmal die heute zu Ende gehende Staatenkonferenz gegen die Aus- und Einfuhrverbote gezeigt. Die Weltwirtschaftskonferenz hatte ihre Beteiligung nachdrücklich empfohlen. Die daraufhin am 17. Oktober begonnene Konferenz hat nur ein mageres Ergebnis gehabt. Ihr einziger Ertrag ist der Entwurf und die teilweise Unterzeichnung eines Vertrages, in dem der Wille festgelegt ist, die Aus- und Einfuhrverbote in Zukunft einmal aufzuheben.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg darf das Verdienst in Anspruch nehmen, daß wenigstens das erreicht worden ist. Er hat sich nachdrücklich darum bemüht, daß die Konvention besonders von England und Italien nicht ganz verwässert wurde, daß die Bestimmungen über die zugelassenen Ausnahmen sachlich und zeitlich so eng als möglich gefaßt werden und daß jedes Land, das Ausnahmen für sich wünscht, seine Vorbehalte im einzelnen schon jetzt anmelden muß. Daß Vorbehalte in großem Umfang angemeldet wurden, hatte allerdings die weitere Folge, daß auch alle Länder, die die Aufhebung ohne Vorbehalt vorgeschlagen hätten, jetzt noch Vorbehalte anmelden müssen und bis zum 1. Februar 1928 Zeit verlangt haben. Damit wird eine neue Konferenz notwendig, und die Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses des Bältebundes wird um ein halbes Jahr verschoben.

Die Konvention legt den Grundsatz fest, daß die unterzeichnenden Staaten die Ein- und Ausfuhrverbote aufheben wollen. Das Hauptstück dabei sind aber die Ausnahmen, von denen es mehrere Kategorien gibt. Zugelassene Ausfuhrverbote werden für Boffen, sanitäre und hygienische Maßnahmen, den Schutz des nationalen Erbes, den Verkehr mit Gold, Silber und Wertpapieren sowie für Monopole festgelegt. Außerordentliche Verhältnisse, die nach deutscher Auffassung nur

Warum werben wir?

Der Aufstieg der Arbeiterklasse — das Glück deiner Familie — die Zukunft deiner Kinder werden heute nur zum kleinen Teil im persönlichen Lebenskampf entschieden.

Im Zeitalter gewaltiger Organisationen kannst du sie nur in Gemeinschaft mit deinen Gleichen erkämpfen.

Deshalb reiche dem Nachbar die Hand!
Deshalb gliedere dich ein ins gemeinsame Meer!
Deshalb wirb für deine Partei!

Paul Röbe.

Katastrophenfälle zu interpretieren sind, stellen für jedes Land vorübergehende Ein- und Ausfuhrverbote und sonstige Beschränkungen frei, sobald dies zur Wahrung der Lebensinteressen des Landes erforderlich ist. Die entscheidende Ausschüttung des Vertrages liegt in den weit greifenden, allerdings auf drei und fünf Jahren befristeten Ausnahmen, die sich praktisch fast alle Länder entweder wissentlich reserviert haben oder schließlich aus Konkurrenzgründen reservieren mußten. Sie betreffen sehr wichtige Waren, wie Farbstoffe, Chemierohstoffe, Kohle, Schrott, Eisen, Stahl, selbst Lebensmittel wie Reis und Wein. Die Vereinigten Staaten haben noch besonders Dumping-Maßnahmen gegen „unlauteren Wettbewerb“ ausnehmen lassen. Wenn die Länder, die die Reservatrechte angemeldet haben, nach Ablauf der Fristen ihre Verbote beibehalten wollen, kann die Konvention natürlich von allen Seiten gekündigt werden, womit auch jede Garantie für ihre Dauer wegfällt.

So bleibt lediglich von den Genfer Beschlüssen nur die Tatsache, daß die Völkern mehr oder weniger die Dokumentierung ihres guten Willens unterschreiben. Das ist gewiß, auf lange Sicht gesehen, eine nicht ganz unwichtige Festlegung; gegenüber Vorkriegszeit bleibt es aber dabei, daß im ganzen doch ein gewaltiger Rückschritt vorliegt, den die Konvention nicht weitmacht. Die Hauptarbeit wird auch in der Zukunft durch vernünftige Handelsvertragsverhandlungen zu leisten sein.

Jungdo gegen Deutschnationalen. Um Hugenberg zu wissen.

Auf dem Parteitag der Deutschnationalen für Westfalen-Ost hat es kürzlich eine Überraschung gegeben. Trotzdem ängstlich darauf gehalten wurde, daß nur aus dem Wahlkreis stammende Delegierte das Wort erhielten, konnte nicht verhindert werden, daß der deutschnationale Arzt Dr. Huchzermeyer aus Bad Drenthausen gegen die Wiederaufstellung Hugenberg in diesem Kreis sich aussprach und versicherte, daß die Mitglieder des Jungdeutschen Ordens keine Liste unterstützen würden, auf der der Name Hugenberg zu finden sei. Auch von einem Landbundmitgliede sei eine ähnliche Erklärung abgegeben worden, so wird im Gegenzug zu dem offiziellen Bericht von jungdeutscher Seite gemeldet.

Die Pressekorrespondenz der Deutschnationalen Partei bestätigt jetzt diese Vorgänge. Zwar bestreitet sie, daß der Landbundesvertreter den Namen Hugenberg genannt habe, aber sie bestreitet nicht die Erklärung des Jungdo-Breiters gegen den Pressekapitalisten Hugenberg.

Dafür aber kündigt die Pressekorrespondenz der Deutschnationalen einen Raufeldzug gegen den Jungdeutschen Orden an: „Nachdem der Jungdo mit seinen Auslassungen an die Öffentlichkeit getreten ist, habe der Abgeordnete Hugenberg wie auch die Deutschnationale Volkspartei keinen Grund mehr, ihrerseits zu den Angriffen des Jungdeutschen Ordens zu schweigen.“

Das kann sehr nett werden; denn wenn jemand an Hugenberg tippt, so kann eine gewisse Presse wochenlang heulen.

Budapester Justiz.

Bespitzelung der Verteidiger. — Der Staatsanwalt ein Faschist.

Im Budapester Kommunistenprozeß protestierte der Verteidiger Dr. Szécs gegen, daß die Verteidiger von Defektiven begleitet werden, die bespaßen wollen, was die Verteidiger sprechen; der Vorsitzende dulde, daß

vor dem Zimmer der Verteidiger ständig zwei Defektive mit an die Tür gelegten Ohren horden.

Der Vorsitzende will damit erreichen, daß die Verteidiger, in ihrem Ehrgefühl beleidigt, von der Verteidigung zurücktreten. Dies wird ihm jedoch nicht gelingen, die Verteidigung wird auf ihrem Platz ausbarren, nicht nur bis zur Beendigung des Prozesses.

Wie wir von der Revolution erfuhren.

Von Hans Bauer.

In der letzten Oktoberwoche hatten wir unsere Funktion in Charleville abgerufen gehabt und am 1. November bestiegen wir den für unsere Formation hergerichteten Zug und dampften ab. Wohin? Niemand wußte es. Einen Tag lang hieß es, daß wir gegen Desterreich eingesetzt würden, das sich seiner Bündnispflicht entzogen habe und zur Kaiserin gebrückt werden müsse. Dann tauchten neue Gerüchte auf. Tauchten auf und zerrannen wieder. Seit Wochen hatten wir keine Zeitung in die Hand bekommen. Seit dem Rücktritt unserer besten Nachrichtenquelle, der Funktion, waren auch durch den Kehler keine Neuigkeiten mehr zu uns gelangt. Wir wußten gar nichts. Wir ahnten nur etwas: daß Neues würde. Das lag in der Luft. Das fühlte man. Die letzten Funktionseindungen, die wir aus Lyon, vom Eiffelturm und aus Horica aufgenommen hatten, waren vernichtend für Deutschland gewesen. „Brandische Küste zurückerobert“, „Front durchbrochen“, das waren so Begriffe, die in uns hastig geblieben waren. Heller Siegesjubel hatte aus den feindlichen Berichten gelungene, tiefer Pessimismus aus denen von Königsmusterhausen. Es war dazugekommen, daß während der letzten Tage vor unserer Abreise die Straßen von Charleville von zurückstretenden Regimentern und deren Bagage geradezu verstopft gewesen waren. Es war klar: Die Front hielt nicht mehr.

Langsam, ganz langsam trug uns der Zug an der französischen Grenze entlang. Manche Tage legten wir nur wenige Kilometer zurück. Zuweilen, wenn der Zug hielt, trafen wir auf Soldaten anderer Formationen. Sie erzählten tolle Dinge: der Kronprinz sei auf offener Straße ausgepfiffen worden, das sowjetische Regiment habe seine Offiziere abgesetzt. In Luxemburg wurden die Nachrichten pessimistischer. Es wurden Extrablätter verteilt. Eines teilte mit, daß der Kaiser abgedankt habe, ein anderes, daß in Bayern die Republik ausgerufen worden sei. Dann wurde auch behauptet, daß in Kiel die Matrosen gemeuert hätten. Ich erinnere mich noch recht genau, daß auch nicht einer von uns das Gefühl hatte, daß konkrete Kräfte hinter all dem standen, die planmäßig auf den Umsturz hingearbeitet hätten und ihn nun kühl-überstandesmäßig dirigierten. Wir empfanden: alles, was jetzt geschieht, das muß geschehen, das ist unaufhaltsam, das ist elementar, das ist ein Naturereignis, das ist die Explosion einer bis zum Zerplatzen überhitzten Volkswelt. Rindlich, lächerlich der Dolchstoßbühnen! Hinterlandgewäsch von Reklamierern! Wann immer wir Soldaten begegneten, gleichviel, ob sie von der Front oder aus der Etappe kamen, kommentierten sie mit Jubel die Wendung der Dinge. Viele berichteten, daß sie schon vor Tagen, also lange vor der Proklamierung der Republik in der Heimat ihre Offiziere abgesetzt und Soldatenräte gewählt hätten. Kein Mensch fühlte sich „verraten“, Befreit... befreit fühlten sich alle.

sondern so lange, bis der Polizeichef Schwaeniger und Genossen selbst auf die Anklagebank kommen.

Staatsanwalt Lindmeyer führt aus: Es sei eine Schande der ungarischen Advokatur, daß es Rechtsanwältin gebe, die im Interesse der Bolschewiken die Staatspolizei auf die Anklagebank verlegen wollen. (Bewegung, dann Heiterkeit.) Von der Polizei könne man nicht annehmen, daß sie Pässe fälsche. (Zwischenruf: Wer hat also den Paß gefälscht.)

Verteidiger Szécs (weist den Originalpaß vor): Was sagen Sie dazu?

Staatsanwalt: Damit lasse ich mich nicht terrorisieren, ebensowenig, wie mit der Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten,

oder dem Telegramm der Liga gegen den weißen Terror, die von mir fordert, daß ich gegen die Angeklagten keine Anklage erhebe. Die ungarische Justiz kann im Bewußtsein ihres Rechtes im Kampfe gegen den Bolschewismus auf die Erklärungen des Berliner Polizeipräsidenten, auf die Telegramme von bekannten Künstlern und Schriftstellern pflegen! (Zwischenruf der Verteidiger: Auch auf die Besetze — große Heiterkeit.) Der Vorsitzende droht den Angeklagten, falls sie mit den Zwischenrufen nicht aufhören, mit Dunkelarrest.

Staatsanwalt: Auch einige Verteidiger sympathisieren mit dem Bolschewismus. Um das Ausland kümmern wir uns nicht, hier im Land werden wir aber den Bolschewismus zertreten, und wenn die Verteidiger mit ihm sympathisieren; so werde ich die Verteidiger mit ihm sympathisieren; (Riesige Empörung!) Manche getrauen sich den Bolschewismus auch mit dem Faschismus zu vergleichen.

Ich erkläre, daß der Faschismus die herrschende und grobste Idee des 20. Jahrhunderts ist.

Im Namen sämtlicher Verteidiger antworteten die Rechtsanwälte Bamberg und Eugen sich darauf.

Am 9. November

dem Tag der Ausrufung der Deutschen Republik, des Beginns einer neuen staatlichen Entwicklung, zeigen die Republikaner, besonders unsere Parteigenossen die Fahnen der Republik und der Partei!

Fahnen heraus!

präsidenten, auf die Telegramme von bekannten Künstlern und Schriftstellern pflegen! (Zwischenruf der Verteidiger: Auch auf die Besetze — große Heiterkeit.) Der Vorsitzende droht den Angeklagten, falls sie mit den Zwischenrufen nicht aufhören, mit Dunkelarrest.

Staatsanwalt: Auch einige Verteidiger sympathisieren mit dem Bolschewismus. Um das Ausland kümmern wir uns nicht, hier im Land werden wir aber den Bolschewismus zertreten, und wenn die Verteidiger mit ihm sympathisieren; so werde ich die Verteidiger mit ihm sympathisieren; (Riesige Empörung!) Manche getrauen sich den Bolschewismus auch mit dem Faschismus zu vergleichen.

Ich erkläre, daß der Faschismus die herrschende und grobste Idee des 20. Jahrhunderts ist.

Im Namen sämtlicher Verteidiger antworteten die Rechtsanwälte Bamberg und Eugen sich darauf.

Frankreichs Vertragssystem.

Sein neuester Vertrag mit Südslawien.

Belgrad, 8. November.

Der mit Frankreich vereinbarte Vertrag wird hier veröffentlicht. Beide Staaten vereinbarten, sich einander nicht anzugreifen. Alle diplomatisch nicht erledigten Streitigkeiten sind im Schiedsverfahren zu regeln. Bei Angriffen von dritter Seite werden sie miteinander Fühlung nehmen, um sich gemeinsam im Rahmen des Völkerbundes zu schützen. Beide Staaten werden gemeinschaftlich jeden Versuch bekämpfen, die „gegenwärtige politische Lage zu ändern“. Der Vertrag berührt die Völkerbündnispflichten beider Staaten nicht. Er ist auf zehn Jahre abgeschlossen.

Italien als Balkan-Sührer.

Sofia, 8. November.

An der vor einigen Tagen hier abgehaltenen Konferenz der Vertreter des mazedonischen Komitees unter dem Präsidium des Generals Protergerow soll der italienische Gesandte teilgenommen haben. Er ist jetzt zur Berichterstattung nach Rom gereist.

Parteiopposition gegen Pilsudski.

Moraczewski Ausschluß aufgehoben.

Warschau, 8. November. (Eigenbericht.)

Gestern und heute beriet der Parteivorstand der Polnischen Sozialistischen Partei über die politische Lage. Dabei kamen nur geringe Meinungsverschiedenheiten über das Verhältnis der Partei zur Regierung Pilsudski zum Ausdruck. Der bisherige Parteivorstand wurde mit starker Mehrheit wiedergewählt und seine Politik damit gebilligt. Eine Resolution, in der die antidemokratische Haltung der Regierung geißelt wurde, wurde ebenso wie die Ankündigung der weiteren scharfen oppositionellen Haltung einstimmig angenommen.

Der Ausschluß befahl sich ferner mit einem Schreiben des Ministers Moraczewski, der vor einigen Wochen wegen seiner Zugehörigkeit zum Kabinett aus der Partei ausgeschlossen wurde. Moraczewski protestiert gegen den Ausschluß und beruft sich auf seine Verdienste als einer der Mitbegründer der Partei. Ohne auf den Inhalt des Schreibens einzugehen, stellt der Ausschluß fest, daß das Urteil des Parteigerichts, auf Grund dessen Moraczewski ausgeschlossen wurde, einen Formfehler enthält und ungültig ist. Moraczewski bleibt also Mitglied der Partei; in den kommenden Wahlen wird er also nicht als Kandidat der Regierungspartei in das Parlament einziehen können.

Demonstration der Opposition.

Kavallerie schafft Ordnung. — Ein neuer Stahlhelm.

Moskau, 8. November.

Die gestrige große Parade der Roten Armee bildete den Höhepunkt der Jubiläumsfeier. Unter den Truppen erregten die der Politischen Polizei (P.P.U.) zugeteilten Abteilungen besonderes Aufsehen, weil sie zum ersten Male den neu eingeführten Stahlhelm trugen.

An die Parade schlossen sich die großen Kundgebungen der Arbeiterkassen. Als die Proletariatskolonnen aufzogen und unter den Klängen der Internationale von allen Seiten zum roten Platz marschierten, versuchte die Opposition an mehreren Stellen Kundgebungen. Vom Balkon eines Eckhauses bei der Straßennahe (Ploshchad) sprachen mehrere Oppositionspolitiker zur Volksmenge, man nennt Breobraschewski und Smilga. Auch wurde hier ein großes Plakat mit der Losung „Es lebe der wahre Leninismus“ ausgehängt. Die Menge nahm der Opposition gegenüber eine drohende Haltung ein, das Plakat wurde von der Polizei sofort entfernt und eine Kavallerieabteilung schaffte schnell Ordnung.

Kein Niddamm-Vertrag abgeschlossen!

London, 8. November.

Der Vertreter des Regenten von Abessinien, Dr. Maria, ist gestern aus New York in Liverpool eingetroffen. Er erklärte, daß weder ein Vertrag noch ein vorläufiges Abkommen über den Bau eines Niddammes abgeschlossen worden sei. Der Bau eines Staudammes könne nur mit Zustimmung der britischen Regierung auf Grund des englisch-abessinischen Vertrages von 1902 erfolgen. Es werde in England keine Verhandlungen führen, sondern in Kürze nach Abessinien zurückkehren, um Bericht über seine Besprechungen in Amerika zu erstatten. Zwischen der abessinischen und der britischen Regierung gebe es keine Mißverständnisse.

Strafantrag im Ratibor-Prozeß.

Im Prozeß gegen den Herzog von Ratibor beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Herzog wegen fahrlässiger Tötung seines Leibwächters eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

(Siehe auch 3. Seite.)

Grod.

Wenn heute jemand 30 000 Mark im Jahre verdient, dann kann er froh ein und wird alle Heiligen auf Knien bitten, daß ihm diese Stelle möge erhalten bleiben. Wenn aber jemand 30 000 Mark im Monat verdient — aber so was gibt es ja gar nicht. Gib's nicht? Doch: Grod, der Mann ohne Vornamen, der Welt bestbezahlter Artist, kriegt nicht unter 1000 Mark pro Abend auf und ist für Jahre hinaus fest verpflichtet.

Ich sah ihn in der Berliner „Scala“, wo er gegenwärtig gastiert. Hierin kommt er in einem weiten Mantel, der wie ein Raschel ausseht, und einem Riesenteller in der Hand, dem er weiter nichts als eine winzige Violine entnimmt. Und auf ihr spielt er mit weiten klatternden Baumwollhandschuhen mit einer Vollendung, die aus Unglaubliche grent. Das ist sein Entree; dann läßt er seinem großen, sackähnlichen Rehkopf die Töne einer Baggeige entquellen, spielt Klarinette, daß die Wände sich biegen, aber man fühlt doch: der kann spielen wie selten einer.

Nun zieht er sich um, weil er ja Klavier üben möchte. Erscheint in einem kurzen Röckchen, langen engen Hosen, metergroßen roten Pantoffeln, einem Zylinder und den Handschuhen. Der Stuhl steht zwei Meter vom Flügel entfernt, er schiebt ihn nicht heran, er rückt das Klavier zum Stuhl. Spielt mit den Handschuhen wie der beste Virtuoso, zieht die Finger aus, ballt sie zu einem Knäuel, knäuel sie zu einem Ball, jongliert damit auf Armen und Beinen, legt den Zylinder auf die hochgeklappte Flügelplatte. Der Hut rückt runter; um ihn zu holen, steigt er über Stuhl und Tasten auf die Platte und rückt auf einem Pantoffel dem Zylinder nach.

Beim Spielen fällt ihm der Tastendeckel ständig auf die Finger, er schnellt ihn zurück und macht daraus eine eigene Begleitmusik. Nicht durch den Stuhl, setzt die Sitzfläche mit breiter Zunge an, hebt die Platte wieder fest. Und alles mit schlafigen, ungelassenen Bewegungen, die immer erkennen lassen, daß dieser „alte“ Mann, den er darstellt, ein unerhörter Artist und Akrobat sein muß, der sich nicht scheut, auch Cancan und russisches Ballett zu tanzen.

Wichtig lacht ihn ein Floß. Nachdem er ihm mit dem Fiedelbogen nicht beigegeben ist, greift er mit dem rechten Arm meterhoch in die Höhe, bleibt stehen, kommt nicht mehr raus, die Hofe dehnt sich bis ins Unendliche. Um sich zu befreien, geht er hinter einen Wandschirm, kommt heraus — mit beiden Armen in der Hofe. Das Bild ist nicht zu beschreiben, die Zuschauer saßen unter die Sessel.

Dabei redet der Mann in einem fort, denn er hat ja einen Partner, einen sachhaften Violoncellisten in elegantem Frack. Grod, der alle Instrumente spielt und nachahmt, spricht auch alle Sprachen lebender Kulturvölker.

„Spielen Sie etwas Russisches,“ sagt der Partner. Und Grod haut ein Stück der 12. Rhapsodie und eins aus dem Höllencancon von Offenbach hin, daß es nur so bröhnt. „Was war das?“ fragt der Partner.

Verbesserung der Sozialversicherung. Forderungen der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung eingebracht, der eine wesentliche Verbesserung der Bezüge der Unfall- und Invalidenrentner sowie deren Hinterbliebenen verlangt. Im einzelnen wird gefordert: Erhöhung des Pflegegeldes für hilflose Unfallverletzte von 20 bis 75 M. monatlich auf 636 M. jährlich. Ist die Gesundheitsfürsorge so schwer, daß sie dauerndes Krankenlager oder außergewöhnliche Pflege erfordert, so ist diese Zulage je nach Lage des Falles auf 1056 oder 1320 M. zu erhöhen. Blinde sollen mindestens die erhöhte Pflegezulage erhalten. Die Vollrente soll nicht mehr zwei Drittel, sondern den ganzen Jahresarbeitsverdienst betragen. Die Bestimmungen über die Berechnung der Jahresarbeitsverdienste in der Landwirtschaft sollen gestrichen werden.

In der Invalidenversicherung wird eine Vermehrung der Lohnklassen von 7 auf 9 verlangt. Als invalide soll gelten, wer nicht mehr imstande ist, die Hälfte, und nicht wie bisher ein Drittel, dessen zu erwerben, was gesunde Personen zu verdienen pflegen. Witwenrente soll künftig jede Witwe und nicht nur wie bisher die dauernd invalide Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes beziehen. Im Falle der Ablebnung dieses Antrags soll die Witwe nach dem Tode des versicherten Mannes Witwenrente erhalten, wenn sie das Alter von 40 Jahren vollendet oder wenn ihr die Pflege und Erziehung ihrer Kinder obliegt, oder wenn sie infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist. Als invalide soll künftig die Witwe gelten, die nicht imstande ist, die Hälfte des üblichen Arbeitsverdienstes zu verdienen, anstatt bisher ein Drittel. Die Witwenrente soll bis zum 18. Lebensjahr gezahlt werden. Der Reichszuschuß für jede invalide Witwen- und Waisenrente soll von jährlich 72 auf 102, für jede Waisenrente von 36 auf 96 M. erhöht werden.

Weiter wird die Erhöhung des Grundbetrages der Invalidenrente für alle Lohnklassen von 168 auf 228 M. jährlich gefordert. Der Kinderzuschuß soll von 90 auf 180 M. im Jahre erhöht werden.

Die sozialdemokratische Fraktion ersucht ferner die Reichsregierung um Vorlage eines Gesetzentwurfes, nach dem in der Unfallversicherung eine Umrechnung der laufenden Renten in Abschritten von 5 Jahren nach den jeweils geltenden Löhnen vorgenommen wird. Die erstmalige Umrechnung der Renten soll mit Wirkung vom 1. Januar 1928 erfolgen. Endlich nimmt die Sozialdemokratie ihre alte Forderung wieder auf, wonach die Entscheidungspflicht auf alle gewerblichen Berufsrenten und der Versicherungsrenten auf alle gegen Entgelt verrichteten Arbeitsleistungen ausgedehnt wird.

Für den Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Antrag eingebracht, in dem gefordert wird, daß die Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller Berufe, ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens, ausgedehnt wird. Der Grundbetrag der Renten soll von 480 auf 720 M. jährlich erhöht, die geleisteten Beiträge (Steigerungsjahr) mit 20 statt bisher 15 Proz. angerechnet, das Kindergeld von 90 auf 180 M. erhöht und die früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen ausgewertet werden. Es wird weiter die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf das 60. Lebensjahr, volle Anrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit und Rechtsanspruch auf Heilversicherung gefordert. Die Versicherungen sollen gegen unfallige Anlässe ihrer Beitragsgelder geschützt, billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau, gegeben werden.

Mit der Aufstellung dieser Forderungen kommt die Sozialdemokratie ihrer Antündigung nach, daß sie für die schnelle Verbesserung der Sozialversicherung Sorge tragen werde. Beim Wiederzutritt des Reichstags wird sich Gelegenheit bieten, die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien zu zwingen, in die Verhandlung über die sozialdemokratischen Forderungen einzutreten.

„Hagenbeck“ sagt Groß mit seinem alten Lieber Kindergezicht. „Als Sie vorhin hereinkamen...“ sagt der Partner.

„Haben Sie bemerkt, daß ich hereinkam?“ fragt Groß ganz erstaunt, obwohl dieses Individuum niemand übersehen kann.

Und als der Partner nickt: „Nicht möööööölich!“ Und sein Gesicht verzieht sich zehn Meter im Quadrat in tausend Falten.

Und das nur alles so nebenbei, während er seinen göttlichen Unjam macht. Großs Stärke ist eine endlose Kette komischer Situationen, die er schafft, seine Wirkung, daß er nie übertreibt und niemals eine Idee ganz ausspielt. Gerade wenn man anfängt zu lachen, hört er auf und geht zu einer neuen Sache über. So lacht man sich nie ganz aus über ihn und möchte ihn immer wieder sehen. Und dabei sieht er 40 Minuten auf der Bühne, mit den Zugaben, die einfach erzwingen werden, und in diesen langen 40 Minuten kein toter Punkt.

Vom „Kassischen Tanzstil“. Tamara Karjawina gab eine Ballettinette in Ufa-Palast am 30a. Ueber die Kunstgattung selber besteht unter Urteilsfähigen keine Meinungsdivergenz mehr, und es ist zweifels, hundertmal Gefagtes zum hundertmal anderen Male zu wiederholen. Das Ballett ist tot. Sein Leichnam kann ein kurzes Scheinleben vorführen, wenn etwas Diaplan ihm galvanisiert oder die Bawlowa ihn mit allen Reizen ihrer Persönlichkeit und den Raffinements eines einzigartigen technischen Könnens schmückt. Um so deutlicher tritt bei Produktionen nachgeordneter Ballettinen die Totenstarre zutage. Diese Routine war eine blamable Angelegenheit. Blamabel nicht so sehr für Mütterchen Karjawina, das treu und reblich alle die Kunst produziert, mit dem ein einziges das juristische Publikum enttäuscht hat. Blamabel aber im höchsten Grade für jene Kunstaktionäre, die uns das Ballett heute wieder andrehen möchten und am Wert sind, den ausblühenden modernen Kunststanz in der Entwicklung zu hemmen und aufs tote Gleis zu schieben. Ihnen konnte, wenn sie überhaupt beschreibbar sind, die Ufa-Routine ein Licht über das wahre Wesen des „Kassischen Tanzstils“ aufleuchten.

Scharlons Marionetten-Theater spielt im Deutschen Künstler-Theater jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonntag nachmittags 4 Uhr.

Ein Hans-Thoma-Deutmal wurde auf dem Friedhof zu Karlsruhe eingemauert.

Das Berliner Sinfonie-Orchester brinat im A. Bohne-Sinfonie-Konzert (9. Dezember) als Gastausführung die VII. Sinfonie (Die Ungarische) von B. v. Smetana.

Eine deutsche Expedition in Südamerika. In Surinam ist eine deutsche wissenschaftliche Kommission zum Studium von Land und Meeren eingetroffen. Nach Surinam sollen auch u. a. Trinidad, Barbados, Guayana und Venezuela durchsucht werden.

Die Erkennung von Kometen. „Diogenes“ im Metropoliten-Dom in New York mit der Kerla in der Mittelrolle hatte einen starken Erfolg. „Grazia Desbda als Nobelpreisträgerin“ Die „Eoskta Morgenblatt“ mitteilt, daß die literarische Nobelkommission mit großer Beifall die italienische Dichterin Grazia Desbda zuerkannt werden. Sie hat ihre Bedeutung in der literarischen Geschichte ihrer farbigen Heimat.

Der Gattenmordprozeß Borchardt

Zeuge Berndt sagt aus.

Der Prozeß Borchardt nahm heute vormittag seinen Fortgang. Borchardt und Berndt gleichen einander wie ein Ei dem anderen; nur daß der erste schlapp, willensschwach, leichtgläubig ist, der andere dagegen hartgesotten und raffiniert. Einmal waren sie innige Freunde, jetzt sind sie grimmige Feinde.

Berndt ist eine der Dessenlichkeit nicht unbekannt Persönlichkeit: Er war es ja, der die Gebrüder Jassy zu dem Juwelenraub mit den Kanonenschlägen in der Schönhauser Allee animierte und später den Hehler gespielt hatte. Das Gericht hat seine Teilnahme an diesem Verbrechen mit anderthalb Jahren Gefängnis gestraft. Borchardt, der ihn in der Gerichtsverhandlung als Zeuge schwer belastet hat, hatte ihn vom Gefängnis aus „verpöffen“. Nicht ohne Grund. Denn er war überzeugt, daß Berndt ihn der Polizei verraten habe, als er bei ihm Gastfreundschaft genoss, um seiner damaligen Braut gegenüber freie Hand zu haben.

Berndt wird heute aus dem Gefängnis vorgeführt. Borchardt sieht ihn nicht an. Berndt erzählt, er habe Borchardt im Jahre 1918 kennen gelernt. Intimer wurden sie erst, als dieser ihn in den Verein „Nordsee“ einführte. Als Borchardt im Jahre 1926 von der Polizei gefasst wurde, nahm er ihn in seiner Wohnung auf. Damals lernte er auch Borchardts Braut kennen, die dem B. öfter Wäsche und Essen brachte. Der Vorsitzende fragt den Zeugen: Borchardt meint, daß Sie ihn verraten haben. Borchardt: Ich gehe nicht gesund aus dem Gerichtssaal, wenn ich das getan habe. Borchardt springt auf: Der Kriminalbeamte hat mir das selbst gesagt. Nach Borchardts Verhaftung kam das Mädchen wieder zu Berndt und bat ihn, ihrem Bräutigam zu helfen. Er versprach zu tun, was er könne. Zwei Monate später, als er von der Polizei gefasst wurde, traf er sie auf der Friedhofstraße. Sie machte ihm den Vorschlag, in Borchardts Wohnung Unterschlupf zu suchen. Die R. ging damals strik. Als sich beide eines Tages in angedeuteterem Zustande befanden, kam es zu einem intimen Verkehr. Sie habe ihn dann veranlaßt, zu bleiben. Auch nach der Trauung mit Borchardt, der er als Trauzeuge beizwohnte, war er immer noch bei ihr. Nach Borchardts Befreiung aus dem Gefängnis begannen die Besuche der R. in seiner Wohnung. Als Borchardt ihn einmal wegen seiner Beziehungen zu seiner Frau zur Rede stellte, leugnete er diese, ebenso wie er es früher seinen Vereinstollegen gegenüber getan hatte, als sie ihm Vorhaltungen gemacht hätten. Seine Veruche, die R. von sich abzuschütteln, seien vergeblich gewesen.

Am 24. November, als im Verein der Geburtstag gefeiert wurde, telephonierte Borchardts Frau den Berndt an und lud ihn ein, die Nacht bei ihr zu verbringen. Er ging darauf ein. Um 105 Uhr erschien dann plötzlich Borchardt in der Wohnung; er schloß die Tür heim. Ueber des, was darauf geschah, sagte eine Zeugin, Berndts Nachbarin, aus. Borchardt wollte anfangs dem Berndt nachstellen, dann sagte er aber: Ich nee, ich will das Weib heroorholen. Die

Zeugin hörte kurz darauf drei Schüsse hintereinander fallen. In der Tür erschien Borchardt, raufte sich die Haare, sagte: „Rein Gott, was habe ich getan!“, lief dann ins Zimmer zurück und schrie: „Mausi, Maus! wach doch auf!“ Bald darauf erschien Berndt wieder und etwas später die Polizei.

Der Fehlschuß des Herzogs. Keine Fahrlässigkeit auf der Jagd?

Der Prozeß gegen den Herzog von Ratibor wegen des unglückseligen Schusses auf den Kutscher Hytrel förderte bei der heutigen Verhandlung auch keine wesentlich neuen Momente zutage. Der herzogliche Repräsentant Kuhn hat den verwundeten Kutscher Hytrel noch einmal im Krankenhaus gesprochen. Auf die Frage des Zeugen, wie das Unglück geschehen sei, habe Hytrel erwidert: „Ich weiß nicht, ich wollte den Förster Marg suchen. Seine Durchlaucht kann nichts dafür. Freim v. Mirbach hat Hytrel ebensolch nach der Ursache des Unfalls gefragt. Er habe ihn in Gegenwart seiner Frau gesagt: „Ich hatte den Befehl nicht richtig verstanden. Ich bin in trübender Stellung durch das Geschäft gekommen, um den Herzog nicht zu stören. Oberin Walderia aus dem Krankenhaus Ratibor, die Hytrel gepflegt hat, schilderte den Zustand des Patienten bei seiner Einlieferung. Sie habe sich dann mit dem Kranken über den Unfall unterhalten. Dabei habe Hytrel erzählt, daß er den Förster Marg gesucht und sich dabei zu weit vorgewagt hat. Schwester Renia Tschäpeler aus dem Krankenhaus Ratibor war in den letzten Stunden am Krankenlager. Nach Komplexionsprüfungen nach der Amputation des Beines sei die Herzogin genau so positiert wie der Herzog. Der Herzog habe auch nicht, wie ihm vorgeworfen werde, in den Trieb hineingeschossen. Die amtlichen Bestimmungen selbst erlaubten das Schießen in den Trieb mit Erlaubnis des Jagdeiers. Zudem habe der Herzog disziplinierte Leute bei sich gehabt. Man könne wohl glauben, daß im Moment des Schusses auf die Sau der Kutscher sich in die Schußlinie geschoben habe. Dazu komme, daß der Schütze in dem eingegatterten Tiergarten seinen Menschen, am wenigsten einen seiner Angestellten vermuten konnte. Schließlich sei zu bemerken, daß der Kutscher im Zielfernrohr die Gestalt zum großen Teil verdeckt habe. Sachverständiger Major Bachelin war der Ansicht, daß der Verstorbenen höchst leichtfertig gehandelt habe. Durch die zusammengeduckte Haltung des Kutschers konnte dieser als Wild angesehen werden. Wäre Hytrel in aufrechter Stellung auf den Weg getreten, hätte das Unglück nicht geschehen können.“

Die Frauenkündigungen.

Der erfolgreiche Parteikundgebung vom vergangenen Sonntag ist in Baumischulenweg am gestrigen Abend eine einbruchsvoll verlaufene Werbekundgebung für die Frauen gefolgt. Landtagsabgeordnete Genossin Wachenheim, die im überfüllten Saal des Restaurants Hoff sprach, referierte über das Thema „Am Entscheidungspunkt zwischen Rückschritt und Aufstieg“. Die Rednerin erinnerte an den Tag der Revolution, der sich in diesem Jahr zum neunten Male jährt. Die Erwartungen, die an die Ereignisse des Jahres 1918 geknüpft worden sind, haben sich nicht erfüllen können. Das bedingt eine verstärkte Bereitschaft zum Kampf und zur Arbeit für die Partei. Dabei ist sich die Arbeiterklasse dieser Aufgabe gegenüber dem neuen Staat bewußt. Es gilt, in der Wirtschaft das Profitinteresse, die Ursache aller Unzufriedenheit und sozialen Not zu beseitigen. Voraussetzung ist dafür die politische Macht. Die Tatsache von dem engen Zusammenhang zwischen Staat und Familie muß in jeder Frau die Pflicht zur politischen Betätigung wachrufen. Die Zeit hat auch dem weiblichen Geschlecht Persönlichkeitswerte gebracht, die in der Frau das Bewußtsein von erhöhten Ansprüchen an das Leben wachgerufen haben. In allen diesen Fragen gibt es kein Zurück, sondern nur ein ehreres Vorwärts. Die heranwachsende weibliche Generation muß ihr Recht auf ihre Unabhängigkeit verteidigen. Die Republik ermöglicht die Verwirklichung dieser Forderung. Die Arbeiterklasse für das Wahljahr vorzubereiten ist die hervorragendste Aufgabe der Werbewache. Ein sozialdemokratischer Wohlfleg wird dem politischen Leben Deutschlands eine neue Richtung geben; es gilt, eine Etappe auf dem Wege zum Sozialismus zu erobern. Starke Beifall dankte der Rednerin für ihren mit großer Aufmerksamkeit begleiteten Vortrag. Mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Wann wir schreiten Seit an Seit!“ schloß die Veranstaltung.

Im Rahmen der Frauenwerbewachen gab es für den Bezirk Wedding in Schreiberfesten, Triffstraße, einen Film- und Vortragabend. Im überfüllten Saal sprach Genossin Adele Schreiber in schlichten, tief zu Herzen gehenden Worten vom Jahrhundert, Jahrtausende währenden Leidensweg der Frau, auf dem sie, die Schwächere, in körperlicher und geistiger Knasthaft immer wieder zu Boden gedrückt ward. Wie die eiserne Notwendigkeit dann plötzlich die Frau aus trübem Halb Dunkel hervor mitten ins grelle Licht schaffenden Lebens stellte, wo sie Seite an Seite mit dem Mann arbeiten durfte. Wohl ist die Frau im äußeren Leben vorwärtsgekommen. Doch wie sieht es in ihr aus? Neue, schwere Lasten hat sie gern und willig auf sich genommen in der stillen Hoffnung auf endliche Erfüllung ihrer heiligsten Menschenrechte: der Mutterchaft. Aber die Proletarierfrau irug und sie muß heute noch ihr Mutterglück als ein schweres Kreuz tragen. Wenn auch nach langer mühevoller Arbeit die uneheliche Mutter nicht mehr als geachtet und vogelrei erklärt wird, so ist die Frau durch ihr Geschlecht immer noch verflucht, ein willenloses Geschöpf des uralten Zeugungsprozesses, gleich der Natur ewig Gebärende. Der Schlüssel zur Freiheit liegt einzig und allein in der Geburtenregelung durch Aufklärung, Beratung, Aufhebung des Mutterchaftszwanges. An Hand einer geradezu erschütternden Statistik wies die Rednerin nach, daß von 1000 Arbeiterfrauen nur 290 unter 3 Kindern geboren hätten, und daß bei der Geburtenhöchstziffer die Sterblichkeit bis zu 60 Proz. betrug. Ein Segen, der in seinem übergroßen Reichtum zum Fluche wörd! Keine Kinder, solange nicht für alle Mütter für ein Existenzminimum georgt ist. Groß ist die Sünde, ein Kind in die Welt zu setzen, ohne ihm Lebensmöglichkeiten bieten zu können. Und wie wir nach schwerem, unerbittlichem Kampfe den § 218 zum Dafein verholfen haben, so wollen wir, um allem Jammer und aller Qual ein Ende zu bereiten, weiterkämpfen für uns und unsere Kinder. Im Lande größten Menschenrechtes die freiesten Mütter des freiesten Geschlechtes! Nicht endenwollender Beifall lohnte die zündende Rede. Der darauffolgende Film „Kreuzweg des Weibes“ führte in eindringlichen Bildern das Gefagte nochmals vor Augen.

Unsere Werbekundgebungen.

Der dritte Tag der Parteiverbewache brachte wieder eine Reihe von Veranstaltungen der einzelnen Kreise. Schon heute kann gesagt werden, daß die Werbewache der Partei schon darum ein voller Erfolg werden wird, weil sich in allen Kreisen die Parteigenossen mit bester Opferfreudigkeit an die Arbeit gemacht haben. — Der Kreisverein Köpenick veranstaltete eine Straßenkundgebung und anschließend eine Werbekundgebung, in der Genosse Vogel referierte. Die Partei- und Jugendgenossen trafen sich am Bahnhof

Köpenick. Unter Vorantritt eines Reichsbanner-Lambour- und Musikkorps zogen die Genossen durch die Straßen Köpenicks. Zu beiden Seiten des Zuges waren eifrige Helfer an der Arbeit, um den Straßenpassanten die Propagandanummer des „Vorwärts“ und Flugblätter der Partei in die Hand zu drücken. Sehr häufig gelang es auch den Helfern, Straßenpassanten zu veranlassen, sich dem Zuge anzuschließen. Nach etwa einstädtigem Umarm marschierte der Zug geschlossen zum Restaurant Lindenpark, wo im großen Saal die Werbekundgebung abgehalten wurde.

Scharfe ein Schwerverbrecher? Zu der Schießerei in der Tempeliner Straße.

Die beiden Renoforheben aus der Tempeliner Straße wurden gestern von den Kriminalkommissaren Brachwitz und Thomas nach bis in den späten Abend hinein weiter verhört. Die beiden wurden auch einander gegenübergestellt und jeder schiebt nach wie vor die Haupttäterchaft dem anderen zu.

Ohne Zweifel ist Scharfe die Triebreift auch bei den anderen Straftaten. Eine ist bereits aufgeklärt; der Raubüberfall auf die 67 Jahre alte Bureauangestellte Gertrud Velling vom Jugendheim in der Goethestraße. Hier ist Scharfe der Anstifter und Schlabbach der Täter, der genau nach seinen Weisungen handelte. Eine Durchsuchung der Wohnung in der Wilhelmstraße förderte Papiere von Geldrollen und Formulare zutage, aus denen zu schließen war, daß Schlabbach sich auf dem Postfachamt zu tun gemacht hatte. So kamen die Beamten auf diese Spur. Scharfe leugnete, Schlabbach dagegen legte endlich ein Geständnis ab. Vor drei Wochen lernte Schlabbach den Scharfe in einem Café in der Friedrichstraße kennen und zog zu ihm. Gleich am nächsten Tage sagte ihm Scharfe, er habe ihn aufgenommen, um ihn einmal zu prüfen, ob er auch ein herzhafter junger Mann sei. Dann beredete er mit Schlabbach den Überfall. Sie merkten sich auf dem Postfachamt die alte Dame, folgten ihr, und Schlabbach mußte dann den Raubüberfall, den wir feinerzeit mittelten, allein ausführen. Den erbeuteten Betrag von 448 M. brachte er bis auf 30 M. dem Scharfe. Beide Männer kleideten sich zum Teil neu ein und tauschten für Schlabbach einen Renofolter und Patronen. Der sollte zu einem Überfall dienen, den Scharfe auf einen Juwelier außerhalb Berlins ausführen wollte. Nach dem Besuch mehrerer Lokale wurde ein Mädchen, das sie mitgenommen hatten, nach Hause geschickt. Die Männer setzten die Anleihere fort und Scharfe holte noch eine zweite Fremdin aus der Schwedter Straße hinzu. So kamen sie in der Nacht angetrunken nach der Tempeliner Straße in die Wirtschaft von Richmann. Die weiteren Vorgänge haben wir eingehend geschildert. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen ist Scharfe, der sich nach der Tat von Schlabbach trennte und ebenso wie dieser mit einem Auto nach Hause fuhr, ein gefährlicher Mensch, der allem Anschein nach noch verschiedene Straftaten, darunter auch Erpressungen, auf dem Gewissen hat. Die Ermittlungen nach dieser Richtung sind im Gange.

Berliner Lehrer in Wien.

Am Montag trafen 19 Wien 74 Volks- und Bürgerschullehrer aus Berlin ein, die von der Berliner Gemeindeverwaltung zum Studium der Wiener Schulreform und Fürsorgeeinrichtungen entsandt wurden. Bei ihrer Ankunft begrüßte sie im Namen der Gemeinde Wien der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Otto Gödel. Er entbot den Berliner Gästen den Willkommenstrahl und bat sie, sich in Wien nicht als Fremde zu fühlen. Für die Berliner Lehrer dankte im Namen des Magistrats der Stadt Berlin Stadtschulrat Dr. Schönebeck für den herzlichen Empfang.

„Selbstmord oder Unglücksfall?“ Zu unserer heutigen Meldung über den Tod des Vederarbeiters Rudolf Weich aus der Bohmühlenstraße wird uns von Angehörigen des Verstorbenen mitgeteilt, daß Weich keineswegs dem Trunke ergeben war, sich jahrelang in fester Stellung befand und in der dortigen Abend allgemein geachtet und geachtet wurde. Wir geben dieser Richtigstellung gern Raum.

Achtung, Generalversammlung der Konjunktionsgesellschaft! Die heutige Generalversammlung im Vedervereinshaus beginnt nicht um 19%, sondern bereits um 18% Uhr.

Angestelltenversicherungen.

Kreise Westow-Storkow, Osthavelland, Zauch-Bezig.

Die Vertrauensmännerwahl zur Angestelltenversicherung findet im Wahlkreis Westow-Storkow wie in Berlin am Sonntag, dem 13. November, statt. Die freigewerkschaftliche Liste des Zentralverbandes der Angestellten trägt den Buchstaben A, die freigewerkschaftliche Liste der Werkmeister und Techniker den Buchstaben D.

In den westlichen Vorortwahlkreisen Osthavelland und Zauch-Bezig findet die Wahl erst am Sonntag, dem 27. November, statt. Die Liste des Zentralverbandes der Angestellten trägt im Wahlkreis Osthavelland den Buchstaben C, für den Wahlkreis Zauch-Bezig den Buchstaben A.

Alle Anfragen sind zu richten an den Gau Brandenburg des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SO. 36, Oranienstr. 40/41. Werbematerial und Stimmzettel werden von dort geliefert.

Von der Lehrlingszucht.

In der Schraubenfabrik von Buhle.

Die Verhältnisse der Lehrlinge in der Schraubenfabrik von Buhle, Brandenburgische, haben schon öfter Anlaß zu Klagen vor dem Gewerbeamt gegeben. Neuerdings konnte man wieder durch eine Verhandlung vor dem Arbeitsgericht erfahren, daß der Betrieb der genannten Firma für die Ausbildung von Lehrlingen keineswegs zu empfehlen ist. Die Firma hält mehr als 80 Lehrlinge, eine Zahl, die in auffallendem Mißverhältnis zu der Zahl der im Betriebe beschäftigten gelernter Arbeiter steht.

Der Werkzeugmacherlehrling, welcher als Kläger vor dem Arbeitsgericht auftrat, forderte die Auflösung des Lehrvertrages, weil unter dem im Betrieb herrschenden Verhältnissen an eine genügende Ausbildung nicht zu denken sei. Der Kläger führte an, er sei oft zu Botengängen verwendet worden, er habe, ebenso wie andere Lehrlinge, die Fabrikfenster putzen müssen, er habe mit dem Auto, welches Waren zu den Kunden befördere, über den ganzen Tag mitfahren müssen, und einmal habe er, als das Bureau eines Mitgliedes der Geschäftsleitung tapeziert wurde, drei Tage dem Tapezierer die Leiter halten und Handreichungen tun müssen.

Da die angeführten Fälle schon einige Zeit zurückliegen, aus der letzten Zeit aber derartige Klagen nicht angeführt werden konnten, so meinte der Vorsitzende, der Streitfall könnte wohl durch einen Vergleich beigelegt werden, aber dann werde die Firma ihre Methode der Lehrlingsausbildung umstellen müssen, denn es habe sich doch herausgestellt, daß in dieser Hinsicht nicht alles bei ihr in Ordnung sei und daß die Ausbildung der Lehrlinge keineswegs auf der Höhe liege.

Schließlich verglichen sich die Parteien dahin, daß der Lehrvertrag in beiderseitigem Einverständnis aufgelöst wird.

In einem anderen Falle klagten zwei Lehrlinge, die von der Firma fristlos entlassen sind, auf Festsetzung des Lehrverhältnisses. Der eigentliche Grund, wenn auch nicht zugegebene Entlassungsgrund ist die gewerkschaftliche Betätigung der beiden Kläger. Sie hatten nämlich eine von der Jugendleitung des Metallarbeiterverbandes einberufene Besprechung der Buhle'schen Lehrlinge besucht und am folgenden Tage einem Arbeitsbesuch, der die Absicht hatte, als Lehrling bei der Firma einzutreten, davon abzurufen versucht. Aus diesem Grunde wurden die beiden Kläger ins Bureau beordert, wo man ihnen ihre „heftige Betätigung“ vorhielt. Schließlich übte Kommerzienrat Buhle in eigener Person und in sehr ausgiebiger Weise das „väterliche Zuchtungsrecht“ an einem der Lehrlinge aus. Den anderen nahm sich der Lohnbureauvorsteher Pählold vor und verprügelte ihn derart, daß der Lehrling nachher einen Arzt aufsuchen mußte.

Auch diese beiden Klagen endeten ohne Urteilsfällung. Der eine Kläger, der nur noch ein Vierteljahr zu lernen hat und seine Gesellenprüfung machen möchte, verglich sich dahin, daß er seine Lehrzeit bei der Firma beendet. — In dem anderen Falle erklärte der Vater des Klägers, er wolle seinen Sohn unter keinen Umständen bei Buhle weiterlernen lassen. Er zog deshalb die Klage zurück.

Die Arbeitergänse.

Und der „schneidige“ Administrator.

Auf dem der Stadtgüter G. m. b. H. gehörenden Gut Schrecksfelde halten die Arbeiter auch einige Gänse, um ihr niedriges Einkommen etwas zu verbessern. Da die Arbeitergänse keine Warnungsglocken lesen, laufen sie, lässlich-fittlich, im Dorf und in den Gärten frei herum. Als nun eines Tages eine Anzahl Gänse auf dem zum Gut gehörenden Gelände auf den Kartoffelstelen herumspazierten, erbot sich der Herr Administrator Hedert über dieses Verhalten der dummen Arbeitergänse gar sehr.

Der Herr hatte wohl die Möglichkeit, das Vergern fortzuführen zu lassen. Allein das reglementwidrige Verhalten der Arbeitergänse hatte ihn um das Maß von Selbstbeherrschung gebracht, das vom Berliner Arbeitsgericht beispielsweise von einem Kellner vorausgesetzt wird. Der Herr Administrator packte sich eine

der ungezogenen Arbeitergänse, schnitt ihr den Hals ab und warf sie ihrem Besitzer über den Zaun. Es war das einzige Tier, das der betreffende Arbeiter besch, und es diente ihm nicht als Raub, sondern als Zuchtgans.

Trotzdem der Herr Administrator selber es war, der durch sein schneidiges Vorgehen die Erwartungen, die in diese einzige Gans gesetzt waren, jäh vernichtete, wagte die Ehefrau des Arbeiters sich darüber zu enträsten. Dafür bot der Administrator der um ihre Gans klagenden Frau Ohrfeigen an.

Wenn der Herr nicht selber einzieht, daß er mit seinem kurzen Trost und dem nachfolgenden Angebot, das er der Frau machte, nicht so gehandelt hat, wie es von einem anständigen Vorgehens erwartet werden muß, dann wird der Direktion nichts übrig bleiben, als ihn nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen. Er hat eine lebende Gans herbeizuschaffen und sich zu entschuldigen, daß er aus der Rolle fiel.

Unter den verständigen Gutsarbeitern zog man aus diesem Vorfall den Schluß, daß die städtischen Gutsarbeiter mehr geachtet werden, auch vom Administrator in Hohrechtsfelde, wenn sie sich selber ein wenig mehr achten und dies durch vollständigen Anschlag an ihre Organisation zum Ausdruck bringen.

Lohnbewegung der Berliner Eisenformer.

Ueber die Forderung der Eisenformer auf eine Lohnerhöhung von 15 Proz. finden heute nachmittags Verhandlungen mit dem BBA. statt. Ueber das Ergebnis werden wir berichten.

Zigarrenmacheraussperrung in Aachen.

Die Kündigungen mit Teilsfreis beantwortet.

Aachen, 8. November.

In Ausführung des Beschlusses der Arbeitgeberverbände der Tabakindustrie hatten auch die Aachener Zigarrenfabrikanten, in deren Betrieben Kündigungsvereinbarungen bestanden, die Kündigungen zum 12. November ausgesprochen. Daraus haben etwa 500 Arbeiter der Aachener Tabakindustrie, die mit einjähriger Kündigungsfrist arbeiten, heute die Arbeit niedergelegt. Dem Vernehmen nach sollen sich auch einige der am Kündigungsfrist gebundenen Betriebe diesem Vorgehen angeschlossen haben. Die Gewerkschaften stehen diesen Arbeitsniederlegungen fern.

Der letzte Satz der vorstehenden Wolff-Redaktion ist schon insofern richtig, als die Fabrikanten es sind, die durch ihren Kündigungen „zum Zwecke der Aussperrung“ die Arbeitseinstellungen veranlaßt haben.

Die englischen Gewerkschaften zum IGB.

London, 8. November. (WTB.)

Die Beziehungen zwischen dem Gewerkschaftskongress und der Amsterdamer Internationale, die, wie Erinnerung, in den letzten Monaten gespannt geworden sind, wurden heute in einer Sonder-sitzung des Generalrats des Gewerkschaftskongresses in London erwogen, in Vorbereitung für eine Konferenz, die morgen mit dem Vollzugsausschuss der Internationale beginnt. Dem Generalrat lag ein Memorandum über den augenblicklichen Stand der Angelegenheit vor, das vom Internationalen Ausschuss entworfen ist. Man hofft, daß die Hindernisse, die einem Einvernehmen zwischen dem britischen Gewerkschaftskongress und der Internationale im Wege stehen, beseitigt werden können. Entscheidungen wurden in der heutigen mehrstündigen Sitzung des Generalrats nicht gefällt.

Der Kampf gegen den Faschismus.

Der IGB. unterstützt die italienischen Gewerkschaften.

Die Lage der Gewerkschaftsbewegung in Italien und die starke Zunahme italienischer Arbeiter in einzelnen Ländern hat dem Internationalen Gewerkschaftsbund Veranlassung gegeben, die besonders interessierten Landeszentralen und internationalen Berufssekretariate zu einer Besprechung einzuladen. Diese Konferenz fand am 7. Oktober in Paris statt. Von den Landeszentralen nahmen Belgien, Frankreich, Italien und die Schweiz teil; Jugoslawien, das seine Teilnahme zugesagt hatte, war am Erscheinen verhindert. Von den internationalen Berufssekretariaten waren die Banarbeiter, Bergarbeiter, Lebensmittelarbeiter, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Transportarbeiter vertreten. Dem Internationalen Gewerkschaftsbund war dessen Sekretär anwesend.

Die Konferenz sprach sich für die Anerkennung der Pariser Zentrale aus und nahm einstimmig nachstehende Resolution an:

1. Es ist notwendig, die Gewerkschaftsbewegung Italiens, die auf dem Standpunkt des Klassenkampfes steht, finanziell zu unterstützen, um ihr die Möglichkeit weiterer Tätigkeit zu geben.

2. Als die gegebene Stelle für die Zusammenfassung der italienischen Gewerkschaftsbewegung kann zurzeit nur die vom

IGB. anerkannte italienische Gewerkschafts-Zentrale in Paris betrachtet werden.

3. Der IGB. wird ersucht, die Entwicklung der Verhältnisse in Italien im Auge zu behalten und je nach den Verhältnissen seine Haltung zu bestimmen.

In der Resolution ist bereits zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, die Gewerkschaftsbewegung in Italien durch Vermittlung der Pariser Zentrale zu unterstützen; zu einer solchen Unterstützung erklärten sich alle Konferenzteilnehmer grundsätzlich bereit und sie übernahmen es, den zuständigen Vorständen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Die Konferenz hielt es für selbstverständlich, daß die Organisation der Ausländer, also auch der Italiener, Aufgabe der betreffenden gewerkschaftlichen Landeszentralen ist, was sich aber auch der Notwendigkeit bewußt, solchen Landeszentralen, die auf diesem Gebiete besonders in Anspruch genommen werden, helfend zur Seite zu stehen.

Noch keine Einigung im Eisenbahnerstreit.

Prag, 8. November.

Eine Mitteilung der Exekutive der Eisenbahnerorganisationen besagt, daß eine Plenarsitzung der Exekutive Berichte über das Ergebnis der Verhandlungen der politischen Parteien mit dem Ministerpräsidenten Socha entgegennahm. Es kam zu einer Annäherung durch das Angebot des Ministerpräsidenten, die streitigen Forderungen in Form von in die Pension einrechenbaren Zulagen auszugleichen, durch die die Gehaltsstufen der Eisenbahnbediensteten ergänzt würden. Es blieb jedoch eine Differenz bestehen, da das Angebot keineswegs für eine entsprechende Angleichung des Einkommens der Eisenbahnbediensteten an das Niveau des Besoldungsgesetzes genügen würde. Die Exekutive gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß die disziplinierte Bereitschaft auch im Falle der weiteren Verhandlungen gewahrt werden wird, deren ausgiebige Beendigung bisher noch nicht garantiert ist.

Aus der Partei.

Ausschluß eines Moskau-Delegierten.

Paris, 8. November. (Eigenbericht.)

Der sozialistische Abg. Cannon ist aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er der Einladung zur Jahreshesfeier der russischen Revolution nachgekommen ist. Als erschwerend für den Fall wurde erklärt, daß er an der Sitzung des Exekutivkomitees der Partei teilnahm, wo bereits ein ähnlicher Ausschluß beschlossen worden ist, wobei er nicht mitgeteilt hatte, daß er sich des gleichartigen Ergebnisses schuldig gemacht hatte.

Die fünfte Sechstagenacht.

Chmer-Kroschel weiter in Führung! — Buschenhagen gibt auf

Zu den Ereignissen der 5. Nacht, die wieder große Veränderungen brachte, sei zuerst der Kundengewinn der Mannschaft Junge-Behrendt nachgetragen. Nach Beendigung der 10-Uhr-Abendwertung löste sich Junge vom Felde, Behrendt vergrößerte bei der Abführung den Vorsprung, während das Feld keine Riene machte, nachzugehen. Und so holten Junge-Behrendt eine Runde zurück. Um 11 Uhr abends gab dann Buschenhagen wegen Schulerprellung das Rennen auf. Noch ist Erjahnmann. Das Feld zählt jetzt nur noch 10 Mannschaften.

In der ersten Morgenrunde gibt es eine Jagd, die die Mannschaft Demoff-van Kempen gut beherrscht. Sie holen eine Runde auf und rufen somit zur Spitzengruppe auf. Tief, Kausch und Ridel stürzen; das Rennen wird für kurze Zeit neutralisiert. Alle gestürzten Fahrer sind später wieder im Felde zu finden.

Die 2-Uhr-Nachwertung

verläuft ruhig. Nach ihrer Erledigung entpuppen sich Kausch-Hürtgen als Jäger im wahren Sinne und schließen ebenfalls zur Spitzengruppe auf, die nunmehr 5 Mannschaften zählt. Später können noch Dorn-Ridel ohne Mühe eine Runde vom Verlustkonto abstreifen.

Stand des Rennens:

1. Chmer-Kroschel 241 Punkte. 2. Tief-Thollensbeck 184 Punkte. 3. van Kempen-Demoff 145 Punkte. 4. Kroll-Wiethe 119 Punkte. 5. Kausch-Hürtgen 56 Punkte. Eine Runde zurück: 6. Junge-Behrendt 125 Punkte. Zwei Runden zurück: 7. Banst-Lorquay 31 Punkte. Drei Runden zurück: 8. Dorn-Ridel 94 Punkte. Vier Runden zurück: 9. Knappe-Tonani 175 Punkte. Sechs Runden zurück: 10. Rühl-Wette 59 Punkte.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Gepp; Wirtschaft: G. Allgöhrler; Gewerkschaftsbewegung: J. Geinzer; Revolution: A. S. Dicker; Soziales und Sonstiges: Fritz Barthel; Auswärtige: H. Guder; Familien in Berlin: Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

KINO-TAFEL

Programm für die Zeit vom 8. bis 10 November

BTL

Potsdamer Straße 38
Es war... Nach dem Roman von Herrn. Sudermann
Anderl: Weltmeisterboxkampf Dempsey - Tunney

Turmstraße 12

Die Dame mit dem Tigerfell
u. Ellen Richter, G. Alexander, B. Kastner
und das gute Spielprogramm

Rheinstraße 14

Die Ausgesprochenen
(H. Imk. d. Herzens) m. Maly Delschaft
Fr. Kortner. Außerdem: Weltmeisterboxkampf Dempsey - Tunney

Alexanderstr. 39-40

Der Landarzt
mit Rudolf Schildkraut
dazu: Die edle Tante mit Evelyn Holt

Odeon, Potsdamer Str. 75

Bismarck, Schauspiel aus dem Leben
mit Maria Jacobini, Heinrich George
dazu: Sein Mund mit Jos. Schildkraut

Marken-Zigaretten

Große Auswahl, billige Preise.
Juno reichlich am Lager
Sommer, Markgrafenstr. 23 und
Neue Schönhauserstr. 49

Viktoria-Lichtbildtheater

Frankfurter Allee 48
Nur nicht locker lassen!
Auf der Bühne: Du und ich!
Die große Ausstattungsrevue.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99

Das tanzende Wien!
Ferner: Bühnenschau
Jugendliche haben Zutritt.

Passage-Lichtspiele

Neukölln, Bergstr. 181/82
Corinne Griffith in
DIEBSTAHL
Ferner: Bühnenschau

Film-Palast Kammersäle

Teltower Straße 14
LIEBESREIGEN
mit Wilhelm Dieterle
und das große Spielprogramm

Metallbetten

Stahlmattressen, Kinderbetten gleich zu Ph
Kat. 630 tr. Eisenmöbelwerkstatt Suhl, Thür.

Rolzhäuser

Waldenhäuser - Prospekt gratis
Wald- u. Wasserpumpen - Nachweis

MASS.

Anzüge, Paletots, Mäntel
aus la. deutschen u. engl. Stoffen
von 125.- an, unter Garantie für
tadellosen Sitz und Verarbeitung
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung
MODENHAUS
MULLERSTR. 141
U-Bahn Senefelder

Herrenkleider-Fabrik

gibt bis auf weiteres Anzüge,
Paletots, Mäntel zu Fabrikpreisen
ab. Bitte, überzeugen Sie sich.
Kaiser-Wilhelm-Straße 24, I Tr.
Besonders wenn sich die KLEIDER MEINER
in der Kleider-Fabrik
zu „Tasche“ und anderen Kleiderwaren

Sie staunen

Über die billigen Preise meiner
Armband- u. Taschenuhren
Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen
Herm. Wiese, Berlin N. Artilleriestr. 30
Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir verkaufte Uhr

Berufs-Kleidung

kauf man
in bewährten Qualitäten
zu Billigsten Preisen bei
Seineweber
Berlin C. Köllnischer Fischmarkt 4-6

Wospeint man

gut u. billig?
Nur
Groß-Berlin
Alexanderplatz
100
KAMP
Gulltangs-Rabal-
u. Baklamarken
egen Nachahmung
gestalt. versch.
errichtet 48 Jahr.
als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Betten-Schonert

Diamenstr. 12
Edhaus Heinrichspt.
Deckbetten 18.- 24.- 41.- 55.-
Unterbetten 10.- 15.- 22.- 43.-
Kopfkissen 4.- 7.- 12.- 19.-
Stoppdecken 13.- 15.- 18.- 20.-
Dauendecken 48.- 60.- 86.- 95.-
Metallbetten 15.- 18.- 21.- 24.-
Strig. Matratz. u. Kell. 15.- 18.- 24.- 37.-
mit neuem Kissen - Ab-
holung und Lieferung kostenlos.
Amst. Moritzplatz 833